



30. September 2022

AUSGABE 9/2022

*Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,*

seit der letzten Infopost sind zwei weitere Sitzungswochen vergangen und es ist wieder einiges passiert. Bei den Haushaltsansätzen für 2023 haben wir noch positive Akzente setzen können, z.B. wurden Sportprogramme erweitert, die Migrationsberatung aufgestockt oder die Förderung der Sprachkitas verlängert. Die versprochene Wohngeldreform, von der niedrige Einkommen profitieren, hat das Kabinett passiert. Und dann kam noch der Doppel-Wumms von Olaf Scholz! Ein notwendiges Signal, um Energiepreise zu begrenzen. Das zeigt wieder: Wir liefern und kümmern uns um die Bürgerinnen und Bürger.

Mitgenommen hat uns alle der plötzliche Tod eines Kollegen mitten in der Sitzungswoche. Da fragt man sich: Können wir jetzt einfach so weiter machen? Das Präsidium handelte und setzte unmittelbar Gedenkminuten an, so dass wir kurz innehalten konnten. Danach wurde der Parlamentsablauf schweren Herzens fortgesetzt. Sowa führt wieder vor Augen: Wir sind alle verletzlich, deshalb sollten wir aufeinander achtgeben.

Entlastung statt Belastung!

200 Milliarden Euro wird die Regierung einsetzen, um alle, die Strom und Gas verbrauchen, zu entlasten! Damit sollen eine Strompreisbremse, eine Gaspreisbremse, eine Umsatzsteuersenkung beim Gas und bei der Fernwärme sowie Unterstützungsprogramme für Unternehmen finanziert werden.

Zudem ist die Gasumlage vom Tisch. Sie sollte kommen, um Gasimporteure zu stützen, die aufgrund ausbleibender Lieferungen aus Russland deutlich teureres Gas einkaufen müssen. Firmenpleiten und letztlich Lieferausfälle sollten so verhindert werden. Die Umlage hätte Kosten in Höhe von 34 Milliarden Euro ausgleichen sollen, weswegen ab Oktober alle Gaskunden einen Aufschlag hätten zahlen müssen. Die Umlage war daher von vornherein umstritten. Denn für die Mehrkosten hätte es wiederum Entlastungen geben müssen. Die Unternehmen sollen jetzt direkt über den Abwehrschirm unterstützt werden.

Das sind also gute Nachrichten für Verbraucher:innen und Unternehmen, aber auch für Schulen, Kitas, Krankenhäuser, Sportvereine oder Universitäten. Die genaue Ausgestaltung muss nun noch geklärt werden, wie auch die Details der Finanzierung.

Berliner Büro

Tel.: 030 227 78494

Fax: 030 227 76496

sabine.poschmann@bundestag.de

Wahlkreis-Büro

Tel.: 0231 286 786 18

Fax: 0231 286 786 16

sabine.poschmann.ma04@bundestag.de

www.sabine-poschmann.de

<https://www.facebook.com/poschmann.spd>

Das Paket wird die Kosten abfedern, aber nicht komplett decken. Das ist auch richtig, weil Gas und Strom knapp sind. Wir sind alle weiterhin dazu angehalten, sparsam damit umzugehen.

Junge Menschen an die Urne

Bei den Europa-Wahlen wollen wir das Mindestalter von derzeit 18 auf 16 Jahre absenken. Hintergrund ist, dass insbesondere die junge Generation von aktuellen Fragen betroffen ist, wie Schutz des Klimas, Ausgestaltung der Rentensysteme oder Digitalisierung. Hinzu kommt, dass jüngere Menschen bei den Wahlen aufgrund des demografischen Wandels geringer vertreten sind als ältere. Das heißt, die ältere Bevölkerung entscheidet mehrheitlich über die Zukunft der Jungen. In Europa gehen bislang Österreich, Malta und Griechenland mit gutem Beispiel voran. Hier können die Menschen bereits mit 16 oder 17 Jahren wählen.

Auch zur Bundestagwahl möchten wir Menschen ab 16 Jahren wählen lassen. Allerdings ist dafür eine Zwei-Drittel-Mehrheit nötig und hier blockiert natürlich wieder die Union. Wir arbeiten daran, sie im Laufe der Wahlperiode zu überzeugen.

****Kurzmeldungen****

- Ab 1. Oktober gilt der Mindestlohn von 12 Euro! Damit lösen wir ein zentrales Versprechen ein, von dem Millionen von Arbeitnehmer:innen profitieren. Angesichts der Inflation kommt die Anhebung zur richtigen Zeit.
 - CO₂-Preis für Mieter:innen wird gerechter aufgeteilt. Einfach gesagt: Ist die Wohnung / das Haus schlecht isoliert, muss der Vermieter mehr zahlen; ist die Wohnung / das Haus gut isoliert und der Verbrauch dennoch hoch, muss der Mieter mehr zahlen.
 - Um Arbeitsplätze aufgrund der anhaltenden Krise zu schützen, wird der vereinfachte Zugang zum Kurzarbeitergeld bis Ende Juni 2024 verlängert.
-

Nach drei Sitzungswochen im September sehne ich mich nach meiner Heimatstadt Dortmund. Während ich das schreibe, schaue ich auf die Uhr. Ich komme gerade von meiner Rede im Parlament und gehe um 20:30 Uhr zu einer Sitzung der Landesgruppe NRW. Zwischendurch stopfe ich mich mit Süßigkeiten meiner lieben Mitarbeiterin Simone voll. Das geht natürlich gar nicht, aber ein anderer Ausgleich ist grad nicht drin. Muss ich mich halt zu Hause wieder mäßigen. Obwohl: Im Herbst und Winter lässt sich mit dicker Kleidung einiges verdecken! 😊

Lasst es euch gut gehen. Wir gehen durch dick und dünn!

Eure

Sabine